

**Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses
am Dienstag, dem 26.11.2019, im Kleinen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 12:25 Uhr

		Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2.	Bericht über Baumaßnahmen/Vergaben an Kreisstraßen 2019	5
3.	Förderung über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, Gute Schule 2020 und DigitalPakt Schule	6
4.	Haushaltsplanberatungen 2020	8
5.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - LKW-Durchgangsverkehre	15

Anlagen

Anlage 1	Präsentation Baumaßnahmen und Vergaben an Kreisstraßen 2019
Anlage 2	Präsentation Amt 23 – Baumaßnahmen an Gebäuden
Anlage 3	Präsentation Amt 63 – Auf dem Weg zur digitalen Baugenehmigung
Anlage 4	Präsentation Amt 66 – Finanzplanung im Bereich Straßenbau und Umweltschutz
Anlage 5	Antwortpräsentation zur Anfrag der SPD-Kreistagsfraktion - Velorouten
Anlage 6	Antwort auf den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion – LKW-Durchgangsverkehre
Anlage 7	Karte der geplanten Umgehungsstraßen im Kreisgebiet

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Berkhoff, Henrich
Claßen, Anne
Franke, Michael
Günnewig, Wolfgang
Holz, Günter
Hugenroth, Bernhard
Kleibolde, Bernhard
Lepper, Martin
Luster-Haggeney, Rudolf
Nienkemper, Dorothea
Pries, Wilhelm
Schlösser, Ulrich
Starke, Dennis
Strohbücker, Josef
Stumpenhorst, Lothar
Tegelkämper, Paul
Thiel, Joachim
von der Verwaltung
Bleicher, Herbert, Dr.
Borgstedt, Hendrik
Doerr, Julia
Funke, Stefan, Dr.
Hackelbusch, André
Hinrichs, Jens
Peitz, Sigurd

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Engelbrecht, Arne
Riveiro Vega, Sandra
Tarner, Hedwig

Der Vorsitzende eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Bauausschuss mit Einladung vom 15.11.2019 form- und fristgerecht einberufen worden sei. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Es sind keine Einwohnerinnen und Einwohner zugegen.

2.	Bericht über Baumaßnahmen/Vergaben an Kreisstraßen 2019	188/2019
-----------	--	-----------------

Herr Hackelbusch berichtet über die Baumaßnahmen und Vergaben an den Kreisstraßen im Jahr 2019 anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Im Bezug auf die Mehrkosten an der K 5/8 Drensteinfurt-Ameke merkt er an, dass diese durch Behinderung der Telekom zu Verzögerungen der Baumaßnahme gekommen ist. Diese Mehrkosten sollen durch die Telekom getragen werden. Es wird derzeit juristisch geprüft, in wie weit der Kreis Warendorf diese Kosten gegenüber der Telekom geltend machen kann.

Herr Thiel (B'90/Grüne) merkt an, dass anhand der Gegenüberstellung des Ausschreibungsvolumen und der Abrechnungssumme nun Differenzen gut sichtbar werden. Auffällig seien jedoch die erheblichen Mehrkosten aus den unterschiedlichsten Gründen. Er hoffe, dass zukünftig bessere Kostenplanungen zugrunde gelegt werden, um dies zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3.	Förderung über das Kommunalinvestitionsförderungsge- setz, Gute Schule 2020 und DigitalPakt Schule	206/2019
-----------	---	-----------------

KD Dr. Funke führt in das Thema der Vorlage ein. Ein kurzer Rückblick in die Historie der Fördermittel sowie in die bereits vorangegangenen Entscheidungen der Politik dienen der Übersicht über die nunmehr vier Förderprogramme Kommunalinvestitionsförderungsgesetz I u. II, Gute Schule 2020 und DigitalPakt Schule.

Zum Thema PV-Anlagen bittet Herr Strohbücker (FDP) um eine Darstellung, welche Leistungen die aktuellen PV-Anlagen bringen und wie viel Eigenbedarf damit gedeckt wird. Herr Borgstedt erläutert daraufhin, dass zum Einstieg Flächen für PV-Anlagen vermietet worden seien, nun sei man jedoch selbst zur Nutzung der eigenen Flächen für PV-Anlagen übergegangen. Alle Zahlen hierzu können im Energiebericht nachgeschlagen werden.

Auf die Nachfrage von Speichermöglichkeiten und bei Neubau-Maßnahmen PV-Anlagen zu bedenken von Frau Nienkemper (FWG) kann Herr Borgstedt mitteilen, dass alle Möglichkeiten genutzt werden sollen, um weitere PV-Anlagen zu erstellen.

KD Dr. Funke erklärt weiter, dass vor Einbau einer neuen PV-Anlage zuvor Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt werden. Darin würden auch die Kosten je kWh berücksichtigt.

Herr Strohbücker (FDP) führt an, dass der Energiebericht in diesem Punkt sehr aufschlussreich sei und aktuell eine Leistung von 443.000 kWh pro Jahr erzielt werde. Dies entspreche 90 – 4-Personen-Haushalte, so KD Dr. Funke. Auch Herr Luster-Hageney (CDU) lobt die Vorlage in Gänze und macht deutlich, dass die Verwaltung hier und auch im Energiebericht Klarheit verschaffe. Bei neuen Maßnahmen werde die Wirtschaftlichkeit immer berücksichtigt.

Im Anschluss erläutert Herr Borgstedt, dass es sehr komplex sei, die Mittel zielgerichtet zu verplanen/einzuplanen, um alle vier Programme zielführend zu nutzen. Die Maßnahmen für das Jahr 2020 konnten durch die neuen Fördermittel des DigitalPakt Schule umgeplant werden. So wurden auch konsumtive Maßnahmen aufgenommen, die zu einer Entlastung des Haushalts führen.

Bezüglich der Nachfrage von Herrn Thiel (B'90/Grüne) konnte zur Maßnahme 23.46 S. 11 der Vorlage klargestellt werden, dass das Tor selbst Kosten in Höhe von 6.500,00 € verursache und die Gesamtmaßnahme sich auf 308.745,52 € belaufen.

Frau Nienkemper (FWG) lobt zum Abschluss die Arbeit der Verwaltung und sieht dies als zukunftsweisend an.

Beschlussvorschlag:

1. Die in den Erläuterungen und der Anlage 1 beschriebene Fortschreibung des Konzepts zur Umsetzung des Förderprogramms „NRW.Bank.Gute Schule 2020“ (GS 2020) wird beschlossen.
2. Die in den Erläuterungen und den Anlagen 2 und 3 beschriebene Fortschreibung zur Finanzierung von Maßnahmen über das erste und zweite Kapitel des Kommunalen Investitionsförderungsgesetzes (KInvFG I und II) wird zur Kenntnis genommen.
3. Das in den Erläuterungen und der Anlage 4 beschriebene Konzept zur Finanzierung von Maßnahmen über den DigitalPakt Schule wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

4. Haushaltsplanberatungen 2020**180/2019**

KD Dr. Funke und Herr Borgstedt beginnen mit der Vorstellung des Haushaltsplanes für 2020 anhand einiger Bilder einzelner Baumaßnahmen (Anlage 2) des Amtes für Hochbau und Immobilienmanagement.

Neubau Leitstelle

Der Rohbau der Leitstelle ist aktuell fertiggestellt mit Ausnahme der Außenanlagen. Derzeit findet der Innenausbau statt. Zur Jahreswende soll dann das Gebäude weitgehend staubfrei sein und der Einbau der IT- und Leistellentechnik beginnen. Der Zeitplan für die Baumaßnahme konnte bislang eingehalten werden. Der Kostenplan musste jedoch bisher in einzelnen Positionen überschritten werden. Dies liegt z. T. daran, dass die Kostenberechnung aus dem Jahre 2016 stammt und die sehr gute Baukonjunktur zu hohen Angebotspreisen geführt hat. Die aktuellen Ausschreibungen der Leistellentechnik liegen aber bislang im Rahmen der Kostenplanung.

Bauliche Erweiterung Berufskolleg Warendorf

Die Baugenehmigung liegt nun dem Kreis Warendorf vor. Aktuell werden die Rohbauarbeiten ausgeschrieben, die Ausschreibungen weiterer Gewerke sind in Vorbereitung. Auf Grund des guten Fördermittelrahmens soll die Maßnahme auf den angrenzenden Bestandsbau ausgeweitet werden. Dort soll der vorhandene Kiosk zu einer Mensa umgebaut werden.

Interkommunaler Bauhof Warendorf

Zur Optimierung der Salzbevorratung soll hier ein drittes Silo errichtet werden.

Neubau Jobcenter Beckum

Die Ausschreibungen der einzelnen Fachplanungen ist erfolgt. Die Entwurfsplanung unter Einbeziehung der Nutzer ist bereits gut vorangekommen.

Kita-Kreishaus

Die erforderliche Baugenehmigung der Stadt Warendorf liegt bislang noch nicht vor.

Dachsanierung Berufskolleg Beckum – Hansaring

Mit diesem Abschnitt kann die Dachsanierung der Werkstattgebäude abgeschlossen werden.

Fenstersanierung Berufskolleg Warendorf

Der letzte Abschnitt der Sanierung der Fenster am Berufskolleg in Warendorf soll mit diesem Ansatz ausgeführt werden

Weitere Maßnahmen

Zudem sollen weitere E-Ladesäulen an den Gebäuden des Kreises projektiert werden. Hierzu finden aktuell Interessensabfragen der möglichen Versorger statt. Die Rückmeldung ist bislang jedoch noch nicht zufriedenstellend.

Der vorhandene Stabsraum im Kreishaus ist nicht mehr zeitgemäß. Eine Alternative könnte ein Raum im Kellergeschoss des Kreishauses sein. Auch andere Alternati-

ven werden | hierzu noch geprüft.

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion „PV-Anlagen auf eigenen Flächen“

KD Dr. Funke erläutert, dass eine herkömmliche PV-Anlage das vierfache an Energie erzeugen kann, wie die im Antrag der SPD-Kreistagsfraktion angefragte Solarblume.

Daraufhin merkt Herr Franke (SPD) an, dass das Ergebnis ernüchternd sei. Zudem ergänzt er, dass es sich bei dem Antrag lediglich um einen Prüfauftrag gehalten habe und daher keine Beschlussfassung erforderlich sei.

Herr Hinrichs vom Amt für Geoinformation und Kataster führt zu seinem Produktbereich des Haushaltes weiter aus.

Frau Nienkemper erläutert den Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zum Thema „Flugobjekt“. Hier sei auf S. 48 der Fehler vom Vorjahr im Vorbericht übernommen worden. Der Antrag zielt lediglich auf die Korrektur ab. Eine Beschlussfassung hierzu ist nicht erforderlich.

Im Anschluss stellt Herr Hinrichs seine vier Produkte und deren Zahlen und Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr dar. Für den Bereich der amtlichen Basiskarte seien bislang 40.000 Euro an Fördermitteln für 2020 eingeplant gewesen. Diese Summe reduziere sich ab 2020 aufgrund neuer Förderziele des Landes auf 20.000 Euro für das Scannen von Karten aus dem Archiv und 20.000 Euro für die Erstellung von Immobilienrichtwerten.

Auf die Nachfrage von Frau Nienkemper (FWG), ob die Kennzahlen der letzten Jahre weiterhin erreicht werden können, erklärt Herr Hinrichs, dass er hierfür keine Garantie geben könne, da das Amt derzeit mit Stellenvakanzen, Krankheit und Elternzeit einige personelle Engpässe hätte. Auch eine Nachbesetzung der offenen Stellen sei häufig aufgrund von fehlenden geeigneten Bewerbern und weiteren Faktoren sehr schwierig. Hierzu stehe man mit dem Haupt- und Personalamt im engen Kontakt. Ziel sei es aktuell 90% zu erreichen.

Herr Hinrichs stellt zudem klar, dass die Kennzahlen zu den Gebäudeeinmessungen im Bezug auf die Bearbeitungsdauer zwei unterschiedliche Arbeitsschritte abbilde. Die reinen Vermessungsarbeiten sollen in 5 Monaten abgeschlossen sein und die darauffolgende Übernahme der Daten in das Kataster innerhalb weiterer 3 Monate.

Zudem sei es in den letzten Jahren zu Steigerungen im Bereich der Gebühren gekommen, da die Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf große, neue Baugebiete erschlossen haben. Dies wird nun voraussichtlich rückläufig werden.

Die Einführung von Open-Data hat im Jahr 2017 zu einer Reduzierung der Einnahmen in Höhe von ca. 100.000 Euro geführt, da die Datenabgabe aus dem Liegenschaftskataster kostenfrei ist. In 2020 werden Einnahmen von 85.000 € im Produkt Geoinformationsdienste erwartet.

Herr Peitz vom Bauamt stellt anhand einer Präsentation (Anlage 3) den aktuellen Sachstand auf dem Weg zur digitalen Baugenehmigung vor.

In 2019 werden Gebühreneinnahmen durch Bauanträge von ca. 1,3 Mio. Euro erwartet. Die Anzahl an Bauanträgen ist dabei 2019 deutlich zurück gegangen. Gründe hierfür dürften Unsicherheiten im Zusammenhang mit der neuen BauO 2018 und knappes Bauland sein. Für 2020 wird wieder erwartet, dass sich die Anzahl der Bauanträge und Bauvoranfragen zwischen 1000 und 1200 einpendelt. Daraus lässt sich die gegenüber 2018 und 2019 leichte Reduzierung des Gebührenansatzes erklären. Die Einnahmen im Bereich der Windenergie werden von 2019 ca. 200.000 Euro in 2020 auf ca. 250.000 Euro leicht ansteigen. Auch weiterhin werden kontinuierlich neue WEA'en im Kreis Warendorf beantragt.

Durch die Digitalisierung können Baulastenauskünfte zukünftig schneller erteilt werden. Hierzu wurden in den letzten Jahren die Baulasten – inzwischen fast vollständig – überprüft. Aktuell können normale Auskünfte bereits in ca. 15 min abgearbeitet werden, wenn die Baulast aktuell und digital vorliegt. Mit den gleichen Stellenanteilen können deshalb bereits deutlich mehr Auskünfte erteilt werden.

Durch die neue Bauordnung zum 01.01.2019 ist es zu einer Laufzeitverschiebung bei Bauanträgen gekommen – die Vollständigkeitsprüfung sollte innerhalb von 10 Arbeitstagen (statt bisher 5) durchgeführt werden. Durch Abstimmungen und Optimierungen konnten die Laufzeiten in Baugenehmigungsverfahren inzwischen wieder deutlich verbessert werden. Die Digitalisierung wird zukünftig weitere Zeiten insbesondere bei den Beteiligungen / dem Postlauf einsparen.

Herr Peitz bittet die Ausschussmitglieder das Thema Digitalisierung insbesondere zum Thema „digitale Bebauungspläne“ mit in die Kommunen zu tragen und dort für den Aufbau „digitaler Planschränke“ zu werben, durch die Bebauungspläne im Internet aufgerufen werden können und zur Verfügung stehen.

Herr Hackelbusch schließt mit seiner Präsentation (Anlage 4) an und stellt den Haushalt für das Amt für Umweltschutz und Straßenbau vor.

Zur Einleitung thematisiert er die Stellenvakanzen im gesamten Amt und auch vor allem im Bereich des Straßenbaus. Eine weitere Neuerung für den Haushalt stellt auch der Komponentenansatz aus dem neuen § 36 KomHVO dar.

Zum Antrag der Kreistagsfraktion B'90/Grüne zu 900.000 Euro zusätzlich für den Radwegeausbau macht er deutlich, dass der Grunderwerb meist das vorrangige Problem bei der Realisierung von Radwegen darstelle. Wenn weitere 900.000 Euro für Radwege zur Verfügung gestellt würden und der Kreis parallel hierzu Fördermittel einwerben würde, hieße dies bei einer Förderquote von 70% ein Investitionsvolumen von 3 Mio. Euro zu verbauen (900T€ Eigenanteil; 2,1 Mio. € Fördermittel). Dies ist jedoch nur umsetzbar, wenn Grunderwerb möglich ist.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass ab 2020 die Fördermittel für Investitionsmaßnahmen im Bereich Straßenbau eine neue Struktur erhalten (Vorgestellt bereits in der Mai-Sitzung des BauA). Bislang handelte es sich um Mittel des Bundes, die über die Länder ausgezahlt würden. Ab dem 01.01.2020 sind es jedoch Landesmittel, die zur Auszahlung zur Verfügung gestellt werden. Die genauen Fördersätze seien noch nicht bekannt und werden in der 1. oder 2. Sitzung des nächsten Jahres dem Bauausschuss mitgeteilt.

Zum Thema EichenprozeSSIONsspinner berichtet Herr Hackelbusch, dass ein Fachmann bereits in 2018 eine flächige Bekämpfung durchgeführt habe. Leider habe dies keinen großen Erfolg gehabt. Die Arbeitssicherheit der Straßenwärter sei zudem hier ein großes Thema, da diese auch bei Verkehrssicherungsmaßnahmen wie Totholz sammeln, Mäharbeiten etc. mit den Brennhaaren in Kontakt geraten können. Aktuell habe man Meisennistkästen als Gegenmaßnahme verteilt, da die Meise ein natürlicher Feind des EichenprozeSSIONspinners sei.

Die Stadt Hörstel arbeitet derzeit mit Homöopathie. Erste Ergebnisse können hier im Juli 2020 erwartet werden.

Frau Nienkemper (FWG) dankt für diese Information zum EichenprozeSSIONsspinner. Der Antrag sei der FWG-Kreistagsfraktion wichtig gewesen, da hierzu keine Einzelposition im Haushalt veranschlagt ist.

Herr Hackelbusch erläutert, dass die Kosten für die Bekämpfung des EichenprozeSSIONspinners im allgemeinen Ansatz für Straßenunterhaltung enthalten sind. Es wurde hierzu ein Rahmenvertrag für die Beseitigung der Nester geschlossen. In der Straßenunterhaltung verschieben sich hierdurch einzelne Maßnahmen, jedoch wird die Verkehrssicherungspflicht in vollem Umfang weiterhin erfüllt.

Herr Dr. Bleicher stellt die Möglichkeit auf in 2021 hierzu eine einzelne Haushaltsposition in den Haushalt zu bringen. Für 2020 sei man jedoch gerüstet, weiter gegen den EichenprozeSSIONsspinner vorzugehen.

Daraufhin teilt Herr Hackelbusch mit, dass in 2020 weitere Berichterstattung zu diesem Thema erfolgen werde. Frau Nienkemper (FWG) ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden und sieht keinen weiteren Abstimmungsbedarf über den Antrag ihrer Fraktion.

Des Weiteren liegen weitere Anträge zum Thema Radwegeausbau vor. Der Antrag der Piratenpartei wurde am 25.11.2019 per Mail formal zurückgenommen und wird nicht abgestimmt.

Der Antrag der Kreistagsfraktion B'90/Die Grünen bleibt weiterhin aufrechterhalten. Herr Thiel erklärt hierzu, dass die zusätzlichen Mittel als Druck aus der Unfallstatistik zu verstehen sind.

Herr Luster-Haggeney (CDU) macht deutlich, dass Grunderwerb fast unmöglich sei in der heutigen Zeit. Der Flächendruck der Landwirte wachse immer weiter. Ein Symbolbetrag im Haushalt sei daher nicht zielführend. Zudem seien auch Fördermittel begrenzt und bei weiteren Maßnahmen eine Förderung nicht gesichert. Radwegbau ohne Fördermittel widerspreche auch den Entscheidungen der Politik aus der Vergangenheit.

Daraufhin ergänzt Herr Lepper (Piratenpartei), dass die Herausforderung tatsächlich im Grunderwerb liege.

Herr Hackelbusch kann aus der Unfallstatistik keine weiteren Maßnahmen erkennen,

die bislang nicht auf dem Plan der Umsetzung der Verwaltung seien. Es erfolge regelmäßig eine Streckenbesichtigung und die Unfallzahlen werden bei Bauplanungen für die nächsten Jahre hinzugezogen.

Es wird eine Schwerpunktveränderung gewünscht, äußert Herr Schlösser (B'90/Grüne). Dies sei das Signal, dass die Kreistagsfraktion Bündnis'90/Die Grünen mit den zusätzlichen Mitteln senden wolle.

Ergänzend hierzu regt Frau Nienkemper (FWG) an, dass evtl. die Standards herabgesetzt werden könnten und dadurch weniger „neue“ Flächen benötigt würden.

Ein „Ausbau Zweiter Klasse“ sei keine Lösung, so Herr Luster-Haggeney (CDU). Ein Flächentausch sei häufig der Wunsch, kein höherer Preis beim Verkauf.

Auf die Nachfrage von Herrn Strohbücker (FDP) welche Anzahl an Bürgerradwegen in der letzten Zeit realisiert worden wären und ob die Möglichkeit bestehe Ausweichrouten zu beschildern antwortet Herr Hackelbusch, dass kaum Nachfrage für eine Förderung von Bürgerradwegen aktuell bestehe. In 2018 seien 310 m an der L520 unterstützt worden und in 2019 wäre kein Antrag zur Förderung eingegangen. Über die Ausschilderung von Ausweichrouten könnte man nachdenken. Dies wird als Prüfauftrag für die Verwaltung mit aufgenommen.

Herr Hugenroth (CDU) ergänzt, dass er selbst aktiv geworden sei und bestärke alle Ausschussmitglieder bei einem konkreten Wunsch nach einem Radweg selbst aktiv zu werden und dann den Kreis Warendorf in die Planungen mit einzubinden.

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis'90/Die Grünen „Ausbau von Radwegen“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt Ja: 3 Nein: 12 Enth: 0

Im Anschluss erläutert Herr Hackelbusch, dass die Standards im Radwegebau nicht herabgesetzt werden können, da dies meist auch Voraussetzung für eine Förderung seien. Zudem sei an den Ausbaustandard auch die Unterhaltung der Radwege gekoppelt.

Der Antrag der FWG-Kreistagsfraktion „Klimaschutz“ Nr. 4 u. Nr. 5

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt: Ja: 1 Nein: 14: Enth: 0

Im Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung wurde entschieden, dass die Punkte 1. bis 3. auch im Bauausschuss zu beraten sind. Frau Puppe vom Amt für Planung und Naturschutz erläutert die Punkte im Einzelnen.

Zu Punkt 1:

Mit dem Ankauf von Ausgleichs- und Ersatzflächen sorgt der Kreis mittelfristig nicht nur für die geplanten Straßen- und andere Baumaßnahmen vor, sondern hat die Möglichkeit, aktiven Klimaschutz zu betreiben und gezielt Flächen für die Aufforstung zu nutzen. Ein finanzieller Rahmen von 2,5 Mio. Euro jährlich erscheint der FWG-Kreistagsfraktion für einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz absolut angemessen. Hierzu stellt sich jedoch die Frage welcher Bedarf zu Grunde liegt und bei welchen Vorhaben welche konkrete Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung vorliegt. Auch stellt sich die Frage, ob der Kreis hier in Vorleistungen gehen soll. Wichtig anzumerken ist

hierbei jedoch, dass allgemeine Flächenknappheit besteht. Der Kreis hat sich bislang aus dem überhitzten Markt zurückgehalten und nur den eigenen Bedarf abgedeckt. Der Bodenrichtwert ist derzeit Grundlage für alle Vertragsverhandlungen und meist mit dem am Markt erzielbaren Preisen nicht vergleichbar. Es scheint in Teilen fast unmöglich Flächen zu diesen Konditionen zu erhalten. Generell muss zwischen Kompensation und Klimaschutz unterschieden werden. Kompensation stellt eine rechtliche Verpflichtung dar und dient der Sicherung des Status Quo. Klimaschutz hingegen ist mehr und freiwillig. Auch eine Waldmehrung ist nicht die generelle Lösung für den Kreis Warendorf. Dieser ist grundsätzlich ein waldarmer Kreis und zeichnet sich durch die Münsterländer Parklandschaft aus. Hier ist teilweise Grünland wertvoller für die Offenlandarten, als Klimaschutz in Form von Waldmehrung. Zugleich werden bei Grünlandumbrüchen große Mengen an bis dato gebundenen Bodenkohlenstoffen als CO₂ freigesetzt.

Zu Punkt 2:

Damit auch in privater Initiative wieder mehr Flächen mit Baumbestand versehen werden, werden die bestehenden Maßnahmen genutzt und weitere Möglichkeiten zur Attraktivierung gesucht und den potentiellen „Aufforstern“ transparent dargestellt. Für den Privaten muss auch das Thema Wald von Nutzen sein, damit die Bereitschaft steigt, nicht nur Ackerbau- und Wiesenflächen vorzuhalten, sondern den Wald und die Randbereiche als Chance und wirtschaftlichen wie auch ökologischen Pool zu sehen.

Für die Förderung von Waldflächen in NRW ist der Landesbetrieb Wald und Holz zuständig. Dieser fördert bereits zahlreiche Maßnahmen im Wald. Jedoch muss klar sein, dass wenn Förderung erfolgt kein Ökokonto erstellt werden kann und bei Einrichtung eines Ökokontos keine Förderung, da diese auf die Erzielung von Gewinnen ausgerichtet sind. Fraglich ist auch, ob man überhaupt in Konkurrenz zu bestehenden Förderungen auftreten möchte.

Zu Punkt 3:

In der aktuellen Betrachtung sind begrünte Dachflächen nicht als Ausgleichsflächen zu werten. Sehr wohl sind sie von großem ökologischem Nutzen. Die UNB setzt für die Bewertung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Bilanzierung eine Ökotabelle ein. Sofern in dieser Tabelle Dachbegrünungen noch nicht vorgesehen sind, ist zu klären, wie diese eingefügt werden können. Mit der Wertung als Ökodach bieten sich große Kapazitäten zum Flächenausgleich durch Dachbegrünungen.

Die Dachbegrünung ist im WAF-MODELL berücksichtigt, findet derzeit jedoch kaum statt. Die Spielräume hierfür liegen in den Bebauungsplänen der Städte und Gemeinden. Hier wären Festsetzungen möglich. Natürlich muss dann auch die Umsetzung kontrolliert werden. Dies ist eher eine Frage des Wollens und der Durchsetzung.

Im Anschluss dankt Frau Nienkemper (FWG) für die Ausführungen von Frau Puppe. Die Frage die sich ihr stellt ist, wie diese übergreifende Aufgabe zielführender ausgeführt werden kann.

Frau Puppe merkt hierzu an, dass klar sein muss, welche Rollen die einzelnen Beteiligten haben können, wer welche Impulse setzen und wer die Umsetzung durchführen kann. Grundsätzlich ist jedoch die allgemeine Flächenknappheit der limitierende Faktor.

Hierzu führt Herr Luster-Haggeney (CDU) an, dass die Abgabe von noch mehr Flächen für manchen Landwirt gar nicht mehr möglich ist, da sie diese für ihre Existenz benötigen. Der Kreis sollte den Druck auf den Flächenkampf daher nicht weiter erhöhen.

Am Ende bittet Frau Nienkemper (FWG) die Verwaltung zu prüfen, in wie weit die Dachbegrünung für kreiseigene Gebäude zu realisieren ist.

Der Antrag der FWG-Kreistagsfraktion „Klimaschutz“ Nr. 1 bis Nr. 3

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt: Ja: 1 Nein: 14: Enth: 0

Herr Hackelbusch ergänzt, dass die Antwort zur Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema Velorouten dem Protokoll als Anlage beigefügt wird (Anlage 5).

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2020 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2020-2023 wird, soweit eine Zustimmung des Bauausschusses gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2

5.	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion - LKW-Durchgangsverkehre
-----------	--

218/2019

Frau Schröder vom Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr antwortet ausführlich zu den im Antrag der FWG-Kreistagsfraktion geforderten Maßnahmen. Die Antwort wird dem Protokoll als Anlage beigefügt (Anlage 6).

Auf die Nachfrage von Herrn Strohbücker (FDP) wer die Kontrolle des Anliegerverkehrs durchführe antwortet Frau Schröder, dass nur die Polizei den fließenden Verkehr kontrollieren dürfe.

Ziel sollte es jedoch laut Frau Nienkemper (FWG) sein, anzufangen etwas zu tun und dies wolle man mit der Freigabe des Verkehrs, ausschließlich für den Anliegerverkehr tun. Langfristig müssten jedoch die Navigationssysteme folgen, da häufig diese Ursache allen Übels seien.

Herr Hackelbusch erklärt, dass es in der Vergangenheit bereits zwei Treffen zu diesem Thema gegeben habe. Herr Minister Wüst hätte dazu alle Städte und Gemeinden eingeladen an dem Projekt teilzunehmen.

Auch Umgehungsstraßen könnten hier laut Herrn Luster-Haggeney (CDU) Besserung bringen, aber sollten nicht als einzige Lösung des Problems gesehen werden.

Dr. Bleicher erklärt daraufhin die Möglichkeit, Herrn Dip. Ing. Volker Hassenpflug (oder Verteter) – Leiter Digitalisierung Mobilität vom Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH zum Thema effiziente und stadtverträgliche LKW-Navigation in die nächste Sitzung des Bauausschusses einzuladen.

Auch zum zweiten Punkt erfolgt zunächst eine Ausführung von Frau Schröder (siehe Anlage 6).

Herr Tegelkämper dankt Frau Schröder für die umfangreichen Informationen.

Das die aktuellen Verkehrsstatistiken Grundlage für jegliches Einschreiten in die Verkehrsführung sind bedauert Frau Nienkemper (FWG) sehr.

Ergänzend hierzu merkt Herr Luster-Haggeney an, dass es Ziel sein sollte die Dörfer LKW-frei zu bekommen, jedoch teilweise hierzu keine sinnvollen Lösungen vorhanden sind.

Zum Abschluss zeigt Frau Schröder noch eine Karte mit dem aktuellen Stand von geplanten Umgehungsstraßen im Kreisgebiet (Anlage 7).

Frau Nienkemper (FWG) nimmt den Antrag zurück und der Vorsitzende stellt folgenden

Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Herrn Dip. Ing. Volker Hassenpflug (oder Vertreter) – Leiter Digitalisierung Mobilität vom Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH – in den nächsten Bauausschuss einzuladen, um das Projekt „Effiziente und stadtverträgliche LKW-Navigation für NRW“ vorzustellen.
2. Sollten sich die Unfallzahlen in den Ortskernen in Richtung einer Unfallhäufungsstelle verändern, wird die Verwaltung aufgefordert, erneut zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 12.25 Uhr die Sitzung.

Paul Tegelkämper
Vorsitz

Dr. Herbert Bleicher
Schriftführer